

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

10. März 2017

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2017

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung
Bildungspolitik
und Bildungsarbeit

Verantwortlich:
Elke Hannack

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030 24060-310
Telefax 030 24060-410
E-Mail:
matthias.anbuhl@dgb.de

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2017

Das Wichtigste in Kürze:

- Das Ausbildungsplatzangebot blieb im Jahr 2016 zwar mit 563.808 Plätzen stabil, dennoch wurden mit 520.300 Ausbildungsverträgen etwas weniger (-1.800) Neuverträge im Vergleich zum Vorjahr abgeschlossen. Allerdings wurde der deutliche Sinkflug, den es bei den Ausbildungsverträgen von 2011 bis 2014 trotz robuster Konjunktur gab, gebremst. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich stabilisiert, eine Trendwende steht aber noch aus.
- Noch immer standen den 43.500 offenen Plätzen rund 80.600 weiterhin suchende Jugendliche gegenüber. Zudem haben weitere 109.276 Jugendliche den Bewerberstatus erhalten, aber keinen Ausbildungsvertrag unterzeichnet. Von weiteren 93.402 Jugendlichen kennt die Bundesagentur für Arbeit den Verbleib nicht. Insgesamt haben rund 283.000 ausbildungsinteressierte Jugendliche keinen Ausbildungsvertrag unterschrieben.
- Die Selbstverpflichtung der Spitzenverbände in der Wirtschaft, 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit zu melden, hat vor allem zu statistischen Verschiebungen geführt. Es wurden zwar mehr Plätze gemeldet, unter dem Strich ist jedoch lediglich ein Aufwuchs von 5.100 angebotenen betrieblichen Plätzen gegenüber 2014 zu verzeichnen.
- Der Sinkflug bei der Ausbildungsbetriebsquote geht ungebremst weiter. Sie ist von 24,1 (2007) kontinuierlich auf 20,0 Prozent (2015) abgeschmolzen.
- Das Ziel der Allianz für Aus- und Weiterbildung pro Jahr bis 10.000 Plätze in der Assistenten Ausbildung bereitzustellen, wurde im Jahr 2016 mit 9.932 Plätzen nahezu erreicht.
- Rund 270.000 Jugendliche steckten 2015 in den zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest¹. Die Mehrheit von ihnen hat einen Hauptschulabschluss (47,7 Prozent) oder einen mittleren Schulabschluss (26,8 Prozent). Diese Zahl ist laut Schnellmeldung vom März 2017 auf 298 800 gestiegen.
- Nur 45,3 Prozent der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss schaffen direkt den Schritt von der Schule in die Ausbildung. In der bundesweiten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern wird bei 62,3 Prozent der Angebote der mittlere Schulabschluss als Mindestvoraussetzung genannt. Insgesamt verfügen 70,4 Prozent aller Auszubildenden über eine Studienberechtigung oder einen mittleren Schulabschluss. Diese Abschlüsse werden zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt.
- Laut Bundesregierung haben 1,95 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren keinen Berufsabschluss. Das sind 13,4 Prozent dieser Altersgruppe.

¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Mai 2016 (Nationaler Bildungsbericht), S. 102

- Die duale Ausbildung ist für leistungsstarke Jugendliche attraktiv. Die Quote der Azubis, die eine Studienberechtigung in der Tasche haben, stieg von 20,3 (2009) auf 27,7 Prozent (2015). Damit gab es erstmals mehr Studienberechtigte als junge Menschen mit Hauptschulabschluss (26,7 Prozent) im dualen System.
- Um die duale Ausbildung attraktiv zu halten, muss der Niedriglohnsektor eingedämmt werden. Rund 5,1 Millionen Beschäftigte mit abgeschlossener Ausbildung verdienen weniger als 10 Euro brutto pro Stunde. Das sind 20,9 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil bei 38,8 Prozent. Die Tarifbindung muss gestärkt werden.
- Die Maßnahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben den Ausbildungsmarkt stabilisiert. Eine Trendwende steht aber aus. Hier sind neue, ehrgeizigere Maßnahmen in den kommenden Jahren notwendig.
- Für mehr Qualität, Durchlässigkeit und eine Stärkung des Ehrenamts in der beruflichen Bildung ist noch immer eine Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) notwendig.
- Es ist zu begrüßen, dass die Pflegeberufe auch Bestandteil des Berufsbildungsberichts sind. Die nicht akademischen Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufe sollten ab dem kommenden Jahr ebenfalls in diesem Bericht aufgeführt werden. .

1. Einleitung

Die westlichen Demokratien stehen unter Spannung. In den Vereinigten Staaten, in Europa und damit auch in Deutschland verzeichnen autoritäre, nationalistische Rechtspopulisten einen deutlichen Zulauf bei den Wahlen. Diese rechten Parteien werden bei weitem nicht nur von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Arbeitslosen getragen. Viele Facharbeiter mit mittlerem Bildungsabschluss, aber auch Bessersituierte haben rechtspopulistisch gewählt.

Diese Wähler indes scheinen von den Programmen dieser Parteien nicht sonderlich überzeugt. Das zeigen erste Analysen. Das Gros dieser Menschen erhofft sich von den Rechtspopulisten keine Lösungen ihrer Probleme – und wählt sie trotzdem. Der radikale Wandel wird zum Selbstzweck, das Ziel ist zweitrangig. Diese Entwicklungen sind Anzeichen einer ernsten Krise politischer Repräsentanz in den westlichen Demokratien.

Der aus einer Arbeiterfamilie stammende französische Soziologe Didier Eribon hat sich in seinem in Teilen autobiographischem Buch „Rückkehr nach Reims“ mit der Frage beschäftigt, warum viele Arbeiterinnen und Arbeiter im Norden Frankreichs ihre Stimme der rechtsextremen Front National geben. Er schildert in seinem Buch exemplarisch ein Gespräch mit seiner Mutter, die sagt, sie wähle diese Partei nicht aus Überzeugung. Ihre Wahl sei vielmehr ein Warnschuss an die anderen Parteien gewesen. Die Stimme der einfachen Menschen werde sonst nicht mehr gehört. Eribon fragte: Wie konnte es geschehen, dass weite Teile des Volkes im politischen Alltag kein Gehör mehr finden?²

² Vgl. Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Deutsche Erstausgabe, Berlin 2016

Wer eine offene Gesellschaft verteidigen will, muss die sozialen Sorgen der Menschen aufgreifen. Dazu zählen auch die schlechten Ausbildungschancen vieler Jugendlicher. Im Jahr 2016 stecken rund 298.800 Jugendliche in den zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest. Die Mehrheit hatte 2015 einen Hauptschulabschluss (47,7 Prozent) oder einen mittleren Abschluss (26,8 Prozent). Allein das Statistische Bundesamt zählt 1,95 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss³. Diesen Menschen droht ein Leben in Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit bei den Geringqualifizierten liegt bei 20,3 Prozent. Ein Großteil der Menschen verdient unter zehn Euro brutto pro Stunde – in den westlichen Bundesländern sind es 46, in den östlichen sogar 60 Prozent.⁴

„Das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem steuert weiter in eine Bildungspolarisierung hinein. In ihr steht einer großen Bildungsmittelschicht-Mehrheit eine kleine Bildungsunterschicht (zwischen 20 und 30 Prozent) gegenüber, deren berufliche und soziale Teilhabechancen zunehmend prekärer zu werden drohen“, schreibt Martin Baethge, einer der Autoren des Nationalen Bildungsberichts bei der Präsentation dieser Datensammlung⁵. Seine Konsequenz: Soll es nicht zu einer weiteren Marginalisierung von fast einem Drittel der Bevölkerung kommen, müsse sich die Bildungspolitik auf die unteren Bildungs- und Ausbildungssektoren konzentrieren.

2. Entwicklung der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der angebotenen Ausbildungsplätze

Sowohl die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze als auch der abgeschlossenen Ausbildungsverträge befand sich in den Jahren 2011 bis 2014 im Sinkflug (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Ausbildungsangebotsentwicklung 2012 bis 2016

	2016	2015	2014	2013	2012
<i>Ausbildungsplatzangebot insgesamt</i>	563.808	563.754	561.471	564.168	585.309
<i>Ausbildungsplatzangebot betrieblich</i>	546.258	544.887	541.077	542.487	559.404
<i>abgeschlossene Ausbildungsverträge</i>	520.322	522.162	523.200	529.542	551.259

Quelle: Matthes, Stephanie; Ulrich, Gerd Joachim; Fleming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die Entwicklung des Ausbildungsmarkts im Jahr 2016, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn, 14. Dezember 2016, S. 3

Das Ausbildungsplatzangebot hat sich 2016 stabilisiert. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist allerdings im Vergleich zum Vorjahr um 1.800 (-0,4 Prozent) gesunken, davon 515 betriebliche Ausbildungsverträge weniger. Wenn auch die Spitzenverbände der Wirtschaft ihr Versprechen eingehalten haben, gegenüber 2014 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu melden, bleibt festzuhalten:

³ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016, Bonn, Mai 2016, S. 287.

⁴ Vgl. Bundesregierung: Niedriglöhne in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag Drucksache 18/10582, Berlin, Oktober 2016, S. 10

⁵ Vgl. Baethge, Martin: Präsentation bei der Fachtagung „Bildung in Deutschland 2016“, Berlin, Juni 2016, Folie 5

Diese Leistung hat letztlich nur zu einer Verbesserung der Meldestatistik geführt, bei den Jugendlichen ist sie nicht in Form zusätzlicher Verträge angekommen. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung muss deshalb künftig diskutiert werden, welchen Sinn solche Selbstverpflichtungen noch haben.

Positiv ist, dass mit 9.932 geförderten Plätzen in der Assistenten Ausbildung ein wichtiges Ziel der Allianz umgesetzt wurde. Diese Plätze kommen direkt bei den Jugendlichen an und stabilisieren so tatsächlich den Ausbildungsmarkt.

Signifikant ist zudem die weiterhin sinkende Zahl und Quote der Ausbildungsbetriebe. Sie ist von 24,1 (2007) kontinuierlich auf 20,0 (2015) Prozent abgesunken.

Gleichzeitig ist die Zahl der Betriebe, die ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können, signifikant gestiegen. Die Zahl der unbesetzten Plätze wuchs auf 43.487. Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass es erhebliche Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt gibt. Während einige Berufe sehr gefragt waren und die Betriebe in diesen Branchen nahezu keine Rekrutierungsprobleme hatten, gab es bei den Berufen Restaurantfachmann/-frau, Fleischer/Fleischerin, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Klempner/-in, Fachmann/-frau für Systemgastronomie, Bäcker/-in und Gerüstbauer/-in erhebliche Besetzungsprobleme. Für alle angeführten Berufe gab es, wie auch schon in den Vorjahren, einen hohen Anteil unbesetzter Stellen.

Gerade in diesen Berufen zeigen sich aber auch massive Qualitätsprobleme. So liegen die Vertragslösungsquote sowie die Misserfolgsquote bei diesen Ausbildungsberufen seit Jahren weit über dem Durchschnitt. Zudem schneiden gerade diese Ausbildungsberufe bei Befragungen von Auszubildenden seit Jahren in Sachen Ausbildungsqualität besonders schlecht ab (vgl. Ausbildungsreport der DGB-Jugend). Hier müssen die Betriebe sowie die zuständigen Stellen für eine höhere Qualität sorgen.

Ausbildungsplätze wurden allerdings auch in für Jugendliche attraktiven Berufen nicht besetzt – zum Beispiel bei den Kaufleuten im Einzelhandel, Kraftfahrzeugmechatiker/in oder den Kaufleuten für Büromanagement. Die Gründe dafür können sehr unterschiedlich sein: z.B. regionale Passungsprobleme, Bewerber/innen erscheinen den Betrieben nicht als geeignet, Betriebe entsprechen nicht den Vorstellungen der Jugendlichen. Eine regionale Analyse dieser Situation ist erforderlich, um die Lage besser bewerten zu können und Maßnahmen abzuleiten. Die Ausbildungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erhobenen Daten, müssten auf Regionen bezogen zusammengeführt werden. Leider scheitert dies derzeit an datenschutzrechtlichen Bedenken auf Seiten der BA. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung sollte daran arbeiten, dass die Bundeseinrichtungen BA und BIBB gemeinsam eine Lösung finden.

Notwendig sind zudem mehr Ausbildungsplätze im attraktiven MINT-Bereich. Von den rund 7,5 Millionen MINT-Fachkräften sind mehr als vier Fünftel nicht akademisch ausgebildet. Ein stark wachsender Bedarf wird deshalb laut Bundesagentur für Arbeit bei den nicht-akademischen Fachkräften gesehen. Dennoch ist schon 2015 die Zahl der Auszubildenden in diesen Berufen um drei Prozent gesunken.⁶

In den kommenden Jahren steht ein Generationenwechsel in den MINT-Berufen an. Gleichzeitig interessieren sich viele Jugendliche für eine Ausbildung gerade in diesem Bereich. Es spricht also vieles dafür, das Ausbildungsplatzangebot in MINT-Berufen zu erhöhen.

⁶ Vgl. Analyse der Bundesagentur für Arbeit (BA), „Der Arbeitsmarkt in Deutschland – MINT-Berufe“ vom März 2016.

3. Entwicklung der Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen

Ein realistischer Blick auf die tatsächliche Lage auf dem Ausbildungsmarkt lässt sich mit der Kategorie der ausbildungsinteressierten Jugendlichen erfassen, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelt wurde. Sie setzt sich zusammen aus der Zahl der neuen Ausbildungsverträge sowie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwar den Bewerberstatus erhalten, aber keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Die Quote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen setzt sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Offiziell unversorgte Bewerber/-innen: Auch im Jahr 2016 gab es 20.550 junge Bewerberinnen und Bewerber, die weder einen Ausbildungsplatz noch eine Ersatzmaßnahme bekommen haben. Es ist unstrittig, dass diese Jugendlichen als unversorgt gezählt werden müssen.

Bewerber/-innen in Ersatzmaßnahmen mit Vermittlungsauftrag (alternativer Verbleib): Es werden aber auch Jugendliche als „versorgt“ gezählt, die von der BA als „ausbildungsreif“ eingestuft und trotzdem in Ersatzmaßnahmen (Praktika, Einstiegsqualifizierungen, berufsvorbereitende Maßnahmen etc.) „geparkt“ wurden. Von diesen Jugendlichen haben allein 2016 exakt 60.053 junge Menschen der BA angezeigt, dass sie aktuell einen Ausbildungsplatz suchen. Um ein realistischeres Bild der Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu bekommen, müssten nach Auffassung der Autoren des Nationalen Bildungsberichts zumindest diese Jugendlichen als unversorgt eingestuft werden. Damit bleiben allein 2016 insgesamt 80.603 Bewerber/-innen ohne Ausbildungsplatz.

Bewerber/-innen in Ersatzmaßnahmen ohne Vermittlungsauftrag: 109.276 Jugendliche, die den Bewerberstatus erhalten haben, konnten trotzdem keinen Ausbildungsvertrag unterzeichnen. Sie wurden ebenfalls in Ersatzmaßnahmen „geparkt“, haben der BA aber nicht angezeigt, dass sie im laufenden Jahr noch einen Ausbildungsplatz suchen. Das BIBB geht davon aus, dass viele dieser Jugendlichen ihren Ausbildungswunsch nur aufgeschoben haben – denn das Ausbildungsjahr läuft zum 30. September schon bis zu acht Wochen.

Bewerber/-innen, deren Verbleib nicht bekannt ist: Im Ausbildungsjahr 2016 gab es 93.402 junge Bewerber, deren Verbleib aus Sicht der BA unbekannt ist.

Diese Statistik zeigt, dass von den 803.613 jungen Menschen, die im Laufe des Berichtsjahres 2016 ein ernsthaftes Interesse an einer Ausbildung hatten – und als „ausbildungsreif“ deklariert wurden – insgesamt 520.332 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben. Damit haben 64,7 Prozent dieser jungen Menschen einen Ausbildungsplatz gefunden. (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Zusammensetzung der ausbildungsinteressierten Jugendlichen in den Jahren 2012 bis 2016 nach der Definition des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

	2016	2015	2014	2013	2012
<i>Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.9.</i>	60.053	60.079	60.316	62.530	60.379
<i>Bewerber/-innen mit anderweitigem Verbleib</i>	109.276	107.749	109.018	106.640	107.393
<i>Bewerber/-innen mit unbekanntem Verbleib</i>	93.402	93.734	98.102	95.622	89.993
<i>Offiziell unversorgte Bewerber/-innen</i>	20.550	20.712	20.872	21.034	15.615
INSGESAMT interessierte „ausbildungsreife“ Bewerber/-innen ohne Ausbildungsplatz	283.281	282.274	288.308	285.862	273.380
abgeschlossene Ausbildungsverträge	520.332	522.165	522.420	529.542	551.259
Einmündungsquote	64,7 %	64,9 %	64,4 %	64,9 %	66,7 %

Quelle: Matthes, Stephanie; Ulrich, Gerd Joachim; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die Entwicklung des Ausbildungsmarkts im Jahr 2016, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn, 14. Dezember 2016, S. 30

4. Der Schulabschluss der neuen Auszubildenden

Der Schulabschluss des Jugendlichen spielt nach dem Berufsbildungsgesetz bei der Aufnahme einer Ausbildung formal keine Rolle. Es gibt an dieser Stelle keine formalen Zugangshürden auf dem Weg in eine betriebliche Ausbildung, auch Jugendliche ohne Schulabschluss können eine Ausbildung beginnen. Die Realität auf dem Ausbildungsmarkt sieht jedoch anders aus. „Das Duale System ist seit 2000 die Domäne von Schulabsolvent(inn)en mit mittlerem Schulabschluss und Hochschulreife“, heißt es bereits im Nationalen Bildungsbericht 2012⁷.

Auch die Gewerkschaften haben kritisiert, dass die Unternehmen seit dem vergangenen Jahrzehnt aufgrund der hohen Bewerberzahlen (2000 bis 2010) eine Bestenauslese betreiben. So ist die Quote der Studienberechtigten im dualen System von 20,3 (2009) auf 27,7 Prozent (2015) gestiegen. Im Bereich des Industrie und Handels verfügt gut jeder dritte Auszubildende (33,9%) über eine Studienberechtigung.

⁷ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2012, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Mai 2012 (Nationaler Bildungsbericht), S. 103

Die größte Gruppe der Auszubildenden stellten laut Berufsbildungsbericht 2017 mit 42,7 Prozent die Jugendlichen mit einem mittleren Schulabschluss.

Ein deutliches Abschmelzen gibt es bei den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im dualen System. Lag ihr Anteil 2009 noch bei 33,1 Prozent, so ist er 2015 mit 26,7 Prozent deutlich unter die 30-Prozent-Marke gerutscht und liegt erstmals unter der Quote der Auszubildenden mit Studienberechtigung.

Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss, die einen Ausbildungsvertrag abschließen konnten, war auch im Jahr 2015 mit 2,8 Prozent verschwindend gering⁸.

Insgesamt wurden 2015 rund 70,4 Prozent der Ausbildungsplätze im dualen System durch Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss bzw. einer Studienberechtigung besetzt. 2009 waren es noch 63,3 Prozent.

Eine mögliche Ursache für die sinkende Zahl junger Menschen mit Hauptschulabschluss im dualen System ist, dass die Quote der Hauptschulabsolvent(inn)en laut Nationalem Bildungsbericht 2016 insgesamt von 25,2 (2010) auf 21,0 Prozent (2014) gesunken ist⁹. Da sich aber nach Aussagen dieses Berichts unter den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss auch noch 47,7 Prozent im so genannten „Übergangssystem“ befinden¹⁰, reichen sinkende Schülerzahlen als Erklärung für diese Entwicklung nicht aus. Vielmehr ist das Auswahlverfahren der Betriebe als eine mögliche Ursache in den Blick zu nehmen.

Auch der Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ hält fest, dass „sich über die Zeit relativ stabile Rekrutierungsmuster für die Besetzung von Ausbildungsstellen bei den Betrieben ausgebildet haben.“¹¹ Darüber hinaus kam das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in einer Analyse zu dem Ergebnis, dass nur „etwas weniger als die Hälfte (45,3%) der Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulsystem bereits nach der neunten Klasse mit maximal einem Hauptschulabschluss verließen, in eine vollqualifizierende ... Berufsausbildung einmündete.“¹²

5. Chancen für Jugendliche mit höchstens einem Hauptschulabschluss

Ein zentraler Faktor für die Ausbildungschancen der Jugendlichen ist die Auswahl der Bewerber/-innen durch die Betriebe. Hier stellt sich die Frage, ob sich die Betriebe im vergangenen Jahrzehnt an eine Bestenauslese gewöhnt haben und Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss von vornherein schlechtere Chancen haben. Ein wesentlicher Indikator in dieser Frage ist die IHK-Lehrstellenbörse, die mit einem bundesweiten Ausbildungsplatzangebot über die Website des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter der Adresse www.ihk-lehrstellenboerse.de abrufbar ist. Diese Börse ist von besonderer Relevanz, da sie das einzige bundesweite, schnell abrufbare Online-Portal dieser Art ist und der Bereich „Industrie und Handel“ auf dem Ausbildungsmarkt mit 58,5 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der mit Abstand größte Zuständigkeitsbereich ist.

⁸ Vgl. Kroll, Stephan: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss. In: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), S. 165

⁹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Juni 2016 (Nationaler Bildungsbericht), S. 96

¹⁰ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Juni 2016 (Nationaler Bildungsbericht), S. 105

¹¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Juni 2016 (Nationaler Bildungsbericht), S. 112

¹² Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Berufsbildungsbericht 2016, S. 60

Von den 49.052 angebotenen Ausbildungsplätzen stehen lediglich 18.514 Plätze Jugendlichen mit Hauptschulabschluss offen. Das entspricht einem Anteil von rund 37,7 Prozent. Im Ergebnis bedeutet dies: Von 62,3 Prozent der Ausbildungsplatzangebote bleiben die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss faktisch ausgeschlossen. Sie müssen hier nicht einmal Bewerbungsunterlagen zusenden. Noch dramatischer ist die Lage für die Jugendlichen ohne Schulabschluss. Ihnen bleiben in der IHK-Lehrstellenbörse 96,75 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze von vornherein verschlossen (siehe Tabelle 5).

Tabelle 3: Angebote der IHK-Lehrstellenbörse / verlangter Schulabschluss

49.052	Offene Plätze / Alle Berufe
47.631	mit FH-Reife
41.741	Mittlerer Schulabschluss
18.514 (37,7%)	Hauptschulabschluss
1.595 (3,25%)	ohne Schulabschluss

Quelle: IHK-Lehrstellenbörse, Stand 20. Februar 2017

6. Arm trotz Ausbildung: Der Niedriglohn-Sektor für Menschen mit Berufsabschluss

Arm trotz Ausbildung: Das gilt leider für 5,1 Millionen Menschen in Deutschland. Sie haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und verdienen trotzdem weniger als 10 Euro brutto pro Stunde. Damit bekommen in ganz Deutschland 20,9 Prozent der Menschen mit einer beruflichen Ausbildung nur einen Niedriglohn. Im Osten sind es fast 38,8 Prozent. Dort ist die Tarifbindung besonders niedrig. Wenn Millionen Menschen mit Ausbildung nur wenig verdienen, werden Hochglanzkampagnen für die berufliche Bildung weitgehend wirkungslos verpuffen. Das Handwerk und die Bundesregierung können sich die Millionen für solche teuren PR-Aktionen sparen. Wer über einen vermeintlichen Fachkräftemangel klagt, darf keine Armutslöhne bezahlen.

Nur mit einer stärkeren Tarifbindung kann auch die duale Ausbildung wieder attraktiver werden. Letztlich haben es die Betriebe selbst in der Hand, ob sich junge Menschen für ein Studium oder eine Berufsausbildung entscheiden. Wichtig sind eine gute Ausbildung, ein anständiger Lohn, gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie gute Entwicklungsperspektiven im Beruf.“

Nach Auskunft der Bundesregierung (DS 18/10582) arbeiteten 2014 insgesamt rund 7,65 Millionen Beschäftigte (21,4 %) im Niedriglohnbereich. Als Niedriglohn wird nach OECD ein Bruttolohn definiert, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Bruttolohns (Median) liegt. In Deutschland liegt die Niedriglohngrenze bei 10 Euro brutto pro Stunde bzw. bei einem Bruttomonatslohn von 1.993 Euro für Vollzeitbeschäftigte.

7. Die Evaluation des Berufsbildungsgesetzes (BBiG): Offene Fragen bleiben

Mit der Evaluation des Berufsbildungsgesetzes wurde nicht – wie sonst üblich – ein wissenschaftliches Institut beauftragt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat deutlich gemacht, dass es die Evaluation des BBiG unter Zuarbeit des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sowie in Abstimmung mit weiteren Ressorts selbst durchführen wird. Gegenstand der Evaluation waren nicht nur die im Koalitionsvertrag genannten Themen, sondern auch eine Überprüfung der Neuerungen aus der Novelle 2005 sowie aktuelle Fragestellungen. Kurzum: Der vorliegende Evaluationsbericht ist zuvörderst eine politische und juristische Bewertung der Funktionsfähigkeit des BBiG durch das zuständige Ministerium.

Auffällig ist, dass die Evaluation viele wichtige Fragen von vornherein ausklammert. So wird zwar beispielsweise gleich zu Beginn festgestellt, dass das duale System zu einer im europäischen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit beiträgt und eine hohe Bedeutung für die Fachkräfterekrutierung hat. Andererseits wird die nach wie vor hohe Zahl der Jugendlichen im Übergang zwischen Schule und Beruf, die sinkende Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsbetriebe verschwiegen. Es entsteht somit der Eindruck, dass eine gesetzliche Regelung wichtiger Fragen im BMBF politisch nicht gewollt ist.

Der Evaluationsbericht weist darüber hinaus einige Schwächen auf. Die gesetzlichen Regelungen zum Berufsausbildungsverhältnis kommen wie die Bestimmungen zur Berufsausbildungsvorbereitung im Bericht überhaupt nicht vor und sind wohl auch nicht geprüft worden. Auch wurde der Themenbereich Qualität der Ausbildung nur oberflächlich gesichtet. Die Bedingungen der Ausbildungslandschaft wie z. B. die Anrechnung von Berufsschulzeiten oder kostenlose Bereitstellung der Ausbildungsmittel durch den Ausbildungsbetrieb werden in dem Bericht nicht beschrieben. Damit fehlt dem Evaluationsbericht die Perspektive der Auszubildenden, also der in den Betrieben und Dienststellen direkt von dem Gesetz Betroffenen. Schließlich finden sich an wichtigen Punkten wie dem Prüferehrenamt oder bei der Qualitätssicherung von beruflichen Fortbildungen Argumentationslinien, die schlichtweg nicht nachvollziehbar sind. Diese Lücken und argumentative Schwächen beschädigen aus unserer Sicht die Aussagekraft des Evaluationsberichts.

Die Stärke des Evaluationsberichts liegt unserer Einschätzung nach an klaren Ausführungen zu zentralen Prinzipien des Berufsbildungssystems. Die Schlussfolgerungen in einzelnen Prüfbereichen machen deutlich, dass das BMBF – wie auch die Beauftragten Arbeitnehmer - an der Zentralität des Berufsprinzips und dem damit verbundenen Prinzip der Einheit der Prüfung festhält. Auch die an einigen Stellen des Berichts erwähnte Wertschätzung des Konsensprinzips von Sozialpartnern und Bundesregierung nehmen die Arbeitnehmer zustimmend zur Kenntnis, gleichwohl die Frage bleibt, weshalb dieses so wichtige Prinzip im BBiG nicht festgeschrieben ist.

Insgesamt ist dennoch eine Reform des Berufsbildungsgesetzes aus Sicht der Beauftragten der Arbeitnehmer notwendig.

8. Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Weiterbildung

Die Vorgaben des Dresdner Bildungsgipfels wurden hingegen – wenn auch nur knapp – erreicht. Ein Blick auf den „Trendbericht Weiterbildung“ der Bundesregierung zeigt aber weiterhin eine starke soziale Spaltung im Weiterbildungssystem. Auch bei der Weiterbildung gilt das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Gut ausgebildete junge Männer mit deutschem Pass können ihr Wissen ständig auffrischen. Wer geringfügig beschäftigt ist, wenig verdient und keinen guten Schulabschluss oder einen Migrationshintergrund hat, bekommt auch später deutlich weniger die Chance zur Weiterbildung. Dabei werden Betriebe angesichts des demographischen Wandels darauf angewiesen sein, gerade die bisher benachteiligten Gruppen zu qualifizieren, um ihren Fachkräftebedarf zu decken.

Charakteristisch für die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen in Deutschland sind zudem im Gegensatz zu den meisten anderen nord- und westeuropäischen Ländern relativ kurze Anpassungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind diese Anpassungsmaßnahmen teilweise gesetzlich vorgeschrieben. Gesetzlich oder anderweitig vorgeschriebene Lehrveranstaltungen aus dem Bereich „Gesundheit und Arbeitsschutz“ machen ein Fünftel der gesamten Teilnahmezeiten an Lehrveranstaltungen aus. Mit dieser Quote liegt Deutschland im Vergleich mit elf nord- und westeuropäischen Ländern im oberen Bereich der Skala. Der Anteil der Lehrveranstaltungen, die dem Arbeitgeber nicht vorgeschrieben sind, hat also in Deutschland einen vergleichsweise eher kleinen Anteil am gesamten Stundenvolumen.

9. Fazit

Auch im Ausbildungsjahr 2016 haben insgesamt 283.281 junge Menschen, die ein ernsthaftes Interesse an einer Ausbildung hatten – und von der Bundesagentur für Arbeit (BA) als „ausbildungsreif“ deklariert wurden – keinen Ausbildungsplatz gefunden. Viele von ihnen wurden in Ersatzmaßnahmen „geparkt“. Diesen Jugendlichen stehen nur 43.478 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Die hohe Zahl an ausbildungsinteressierten Jugendlichen zeigt die Attraktivität der dualen Berufsausbildung. Hier liegt auch enormes Potenzial für die Betriebe, um hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, dass in den kommenden Jahren auch mehr und mehr junge Geflüchtete, die heute noch in Vorbereitungsklassen und Sprachkursen sind, einen Ausbildungsplatz benötigen. Deshalb sind in den kommenden Jahren bei der Einmündung in Ausbildung erhebliche Anstrengungen nötig, wenn die Polarisierung unserer Gesellschaft sowie der Bildungs- und Teilhabechancen nicht zunehmen soll.

Um die Aus- und Weiterbildungschancen zu verbessern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- **Die Betriebe müssen mehr ausbilden**, das gilt auch für den zukunftsträchtigen MINT-Bereich. Sie müssen zudem die **Bestenauslese beenden** – und endlich Jugendlichen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, verstärkt eine Chance auf Ausbildung geben. Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich zudem in der Allianz für Aus- und Weiterbildung darauf verständigt, mit der Assistenten Ausbildung die Hilfen für Betriebe und Jugendliche deutlich auszubauen. Dieses neue Instrument hilft den Unternehmen bei der Auswahl der Jugendlichen und beim Erstellen des betrieblichen Ausbildungsplans. Die **Assistierte Ausbildung** unterstützt die Jugendlichen, wenn sie zusätzliche Förderung – wie etwa Sprachunterricht – brauchen. Jetzt müssen die Betriebe dieses Instrument nutzen. Zudem ist dieses Instrument, das bis zum Jahr 2018 befristet ist, zu entfristen sowie die Zielgruppe zu erweitern. Das Fachkonzept sollte flexibler gestaltet werden.
- Die Quote der Ausbildungsbetriebe sinkt seit Jahren. Nur noch jedes fünfte Unternehmen bildet aus. Damit dürfen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht abfinden. Wenn nur zwanzig Prozent der Betriebe ausbilden, aber einhundert Prozent von den qualifizierten Fachkräften profitieren, ist es Zeit für einen **fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Unternehmen**. Übrigens: In der Altenpflege hat man eine solche Umlage eingeführt. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Ausbildungsplätze erheblich gestiegen ist.
- Wenn die Betriebe nicht allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen, müssen weitere Lösungen gefunden werden. „Es wird neuer politischer Überlegungen zu Formen über- und außerbetrieblicher Ausbildung bedürfen“, konstatieren die Autoren des Nationalen Bildungsberichts 2016 treffend. **In Regionen mit einem problematischen Ausbildungsmarkt müssen marktbenachteiligte Jugendliche die Chance bekommen, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen**. Diese Ausbildung soll **noch enger mit den Betrieben verzahnt** werden. Hierbei sind die Sozialpartner vor Ort eng einzubeziehen. Die Kosten sind durch einen fairen finanziellen Ausgleich von den nicht-ausbildenden Betrieben zu tragen. Außerdem müssen Instrumente für ein regionales Fachkräfte- und Ausbildungsmonitoring entwickelt werden, um auf regionaler Ebene passende Maßnahmen einzuleiten.

- Um Jugendliche und Ausbildungsplätze besser zusammenzubringen, müssen wir die Mobilität von jungen Menschen fördern. Dazu gehört die Einführung von **Azubi-Tickets im öffentlichen Nahverkehr**. Wichtig ist auch, günstige, aber gute Wohnungen zu schaffen. An allen Hochschulstandorten gibt es Studierenden-Wohnheime. Für die Auszubildenden brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime.
- Es ist zudem zu begrüßen, dass die Pflegeberufe auch Bestandteil des Berufsbildungsberichts sind. Die nicht akademischen Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufe sollten ab dem kommenden Jahr ebenfalls in diesem Bericht aufgeführt werden.

Wir brauchen eine **Reform des Berufsbildungsgesetzes**, um die **Durchlässigkeit in der Berufsbildung** weiter zu verbessern (verbindlicher Durchstieg von zwei- in dreijährige Ausbildungsberufe), **die Sozialpartnerschaft und das Ehrenamt in der Berufsbildung abzusichern und die Qualität der Aus- und Fortbildung auszubauen**.

Eine BBiG-Reform sollte vor allem folgende Punkte regeln:

- **Qualität der Aus- und Fortbildung ausbauen:** Ein belastbares System der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung ist in den zuständigen Stellen (Kammern) zu etablieren. Das betriebliche Ausbildungspersonal ist durch eine verbindliche Ausbildereignungsverordnung (AEVO) und einen Anspruch auf Qualifizierung und Freistellung zu stärken. Darüber hinaus sollte eine, Ausbildungsstätteneignungsverordnung eingeführt werden. Notwendig ist auch die Konkretisierung der Aufgaben der Ausbildungsberater, die Einführung von Anhörungsrechten der Berufsbildungsausschüsse in den Kammern bei Fragen der Ausbildungsqualität. Zudem sind Qualitätsstandards für betriebliche Praxisphasen des Dualen Studiums im Berufsbildungsgesetz zu verankern. Für die berufliche Aufstiegsfortbildung sind Rahmenfortbildungspläne als Qualitätsstandards für Fortbildungsanbieter im BBiG zu verankern.
- **Ordnung der beruflichen Bildung verbessern:** Die Sozialpartnerschaft und das Ehrenamt in der Berufsbildung müssen gestärkt werden. Das Konsensprinzip muss Grundlage für die Ordnungsarbeit sein.
- **Durchlässigkeit verbessern:** Es ist zudem notwendig, einen verbindlichen Durchstieg von zwei- in dreijährige Ausbildungsberufe zu schaffen.

Zudem sind verstärkte Reformen in der Weiterbildung notwendig. Dies betrifft insbesondere folgende Punkte:

- **Nachqualifizierung schärfen:** Angesichts einer nach wie vor hohen Zahl an formal nicht qualifizierten Menschen im erwerbsfähigen Alter ist das Nachholen eines Berufsabschlusses im Sinne einer Erlangung der beruflichen Handlungskompetenz ein zentraler Baustein von beruflicher Weiterbildung, den wir schärfen wollen.
- **Beruflichen Aufstieg weiterentwickeln:** Um berufliche Entwicklungschancen in Leitungs-, Führungs- und Spezialistenfunktionen vor allem für Nicht-Akademiker zu öffnen, ist eine Aufstiegsfortbildung, die eine vertiefte berufliche Handlungsfähigkeit vermittelt. Sie muss weiterentwickelt werden.

- **Berufliche Mobilität ermöglichen:** Der Erhalt und die Entwicklung beruflicher Handlungskompetenz ist für Beschäftigte angesichts des technischen und strukturellen Wandels immer schwerer. Zunehmende Spezialisierung und Beschäftigung in dequalifizierenden Tätigkeiten führen häufig zu einem Verlust beruflicher Handlungskompetenz. Wir müssen deshalb bessere Möglichkeiten schaffen, damit Beschäftigte ihre erworbene Qualifikation erhalten, auffrischen und anpassen können, um weiterhin im erlernten bzw. ausgeübten Beruf arbeiten zu können.
- **Validierung einführen:** Die Anerkennung von non-formal und informell erworbenen beruflichen Kompetenzen ist ein längst überfälliger Schritt. Wir wollen diese sichtbar und für die Beschäftigten verwertbar machen. Dafür benötigen wir die Einführung von geregelten Validierungsverfahren.

Bonn, 10. März 2017